

NIEDERSCHRIFT

über die **28.** Sitzung
des Kreisausschusses
(XVI. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **22.03.2017**
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss
Besprechungsraum 2 (2. Etage)
Oberstraße 91, 41460 Neuss
(Tel. 02131/928-2100)
Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:00 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Dr. Gert Ammermann
3. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
4. Herr Bertram Graf von Nesselrode
5. Herr Franz-Josef Radmacher
6. Herr Dieter Welsink
7. Herr Johann-Andreas Werhahn
8. Frau Birte Wienands

Vertretung für Herrn W. Wappenschmidt

• SPD-Fraktion

9. Herr Udo Bartsch
10. Herr Horst Fischer
11. Herr Dieter Jüngerkes
12. Herr Rainer Thiel MdL

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

13. Herr Erhard Demmer
14. Frau Susanne Stephan-Gellrich

- **FDP-Fraktion**

15. Herr Rolf Kluthausen

- **Die Linke-Fraktion**

16. Frau Kirsten Eickler

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

17. Herr Carsten Thiel

- **Verwaltung**

18. Herr Robert Abts
19. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
20. Frau Janine Conrads
21. Herr Dezernent Bijan Djir-Sarai
22. Herr Dezernent Ingolf Graul
23. Herr Elmar Hennecke
24. Herr Benjamin Josephs
25. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
26. Herr Marcus Temburg
27. Herr Harald Vieten

- **Schriftführerin**

28. Frau Annika Geppert

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	5
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse.....	5
2.1.	Schulausschuss am 06.02.2017.....	5
2.2.	Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz am 08.02.2017.....	5
2.3.	Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss am 14.02.2017.....	6
3.	Kenntnisnahme von Niederschriften	6
3.1.	Sozial- und Gesundheitsausschuss am 09.02.2017.....	6
4.	Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum Februar/März 2017 Vorlage: 61/1960/XVI/2017.....	7
5.	Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum: Februar/März 2017 Vorlage: 61/1962/XVI/2017	8
6.	SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/1976/XVI/2017	9
7.	Bericht zur Flüchtlingssituation (Stand März 2017) Vorlage: II/1975/XVI/2017	10
8.	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand März) Vorlage: ZS5/1959/XVI/2017.....	11
9.	Dienstreisegenehmigung für die Mitglieder des Partnerschaftskomitees Europäische Nachbarn für die Reise vom 23.06. - 26.06.2017 Vorlage: ZS5/1974/XVI/2017.....	11
10.	Anträge	12
10.1.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.03.2017 zum Thema "Umsetzung des am 01.01.2017 in Kraft getretenen Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung" Vorlage: 010/1972/XVI/2017.....	12
11.	Vorbesprechung der Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 28.03.2017 - öffentlicher Teil -	13
12.	Mitteilungen	14
13.	Anfragen	14
13.1.	Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 15.03.2017 zum Thema "Geflüchtete im Rhein-Kreis Neuss"	14
13.2.	Anfrage der UWG-Kreistagsfraktion zum Thema "Errichtung einer Ampelanlage an der K26/B699"	14

13.3. Anfrage der Kreistagsfraktion DIE LINKE zum Thema "Schließung eines
Bahnübergangs" 14

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

Zu Top 2 „Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse“	2. Finanzausschuss am 14.03.2017
zu Top 13 „Anfragen“	- 13.1 Anfrage der Kreistagsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen vom 15.03.2017 zum Thema „Geflüchtete im Rhein-Kreis Neuss“ ☒

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

2.1. Schulausschuss am 06.02.2017

KA/20170322/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Schulausschusses vom 06.02.2017 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.2. Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz am 08.02.2017

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke berichtete, dass seit dem 14.03.2017 ein Erlass des Innenministeriums zum Thema Kaliumjodtabletten gebe. Darin werde auch die Frage der Verteilung angesprochen. Im Juni sei ein Informationstermin geplant, bei dem Verteilungskonzepte aus grenznahen Regionen zu Belgien vorgestellt würden. Auch die Städteregion Aachen habe aber derzeit noch keine Lösung für die Verteilung gefunden. Bis zu dem Termin sollten die Städte und Gemeinden sich weiterhin über die Verteilung der Tabletten Gedanken machen. **Der Erlass werde dem Protokoll beigelegt.**

2. stellvertretender Landrat Horst Fischer äußerte Sorgen hinsichtlich der Kraftwerke

und der Verteilung der Tabletten. Dies zeige, dass der Kreis im Ernstfall in einem unsicheren Gebiet sich befinde. Er erkundigte sich deshalb, ob es neue Erkenntnisse zur Abschaltung gebe.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke sagte, dass die Tabletten auch in der Nähe von deutschen Kraftwerken verteilt würden. Der Kreis habe alles für die Abschaltung getan. Jetzt seien das Land und der Bund im Handlungszwang.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler regte an zu prüfen, ob die Nachwuchskräfte nach einer erfolgreich absolvierten Ausbildung an den Kreis gebunden werden könnten, damit diese nicht direkt von anderen Kreisen abgeworben würden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke versicherte, dass der Kreis dies bereits geprüft habe und eine Bindung an den Kreis nicht möglich sei.

KA/20170322/Ö2.2

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Ausschusses für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz vom 08.02.2017 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.3. Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss am 14.02.2017

Protokoll:

KA/20170322/Ö2.3

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Nahverkehrs- und Straßenbauausschusses vom 14.02.2017 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. Kenntnisnahme von Niederschriften

3.1. Sozial- und Gesundheitsausschuss am 09.02.2017

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Niederschrift des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 09.02.2017 zur Kenntnis.

4. Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum Februar/März 2017 Vorlage: 61/1960/XVI/2017

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke berichtete, dass die Bewerbung der IRR bei der REGIONALE nicht erfolgreich war.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink erklärte, dass die Ablehnung der Bewerbung nicht nachvollziehbar sei. Im Rahmen des Strukturwandels des Braunkohlereviers brauche der Rhein-Kreis Neuss Unterstützung.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke betonte, dass es sich um einen Beschluss des Landeskabinetts handele. Er habe keine weiteren Erkenntnisse, warum die Bewerbung nicht erfolgreich war.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel sagte, dass es im Vorfeld zur Bewerbung Diskussionen gegeben hätte, ob die Bewerbung Niederrheinland unterstützt werden sollte. Beide Bewerbungen hätten keinen Erfolg gehabt. Es handele sich um einen Wettbewerb, bei dem derjenige gewinne, der überzeuge. Die beiden Bewerbungen mit Kreisbeteiligung seien ziemlich weit hinten gelandet. Nun müsse ermittelt werden, woran es gelegen habe. Zu diesem Thema plane Minister Groschek noch vor der Wahl eine Stellungnahme, da die IRR für den Rhein-Kreis Neuss wichtige Projekte beinhalte und diese gefördert werden sollten. Es sei nun wichtig vom Land eine systemische Unterstützung zu bekommen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke antwortete, dass die südwestfälische Region mehrfach den Zuschlag erhalten hätte. Wenn man den Strukturwandel als Herausforderung ernst nehme, wäre die Förderung in der Region zumindest für das Jahr 2025 sinnvoll gewesen. Besonders in Frimmersdorf sei bis 2025 besonderer Handlungsbedarf. Es sei in den nächsten Jahren wichtig, dauerhafte und gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erklärte ebenfalls, dass die Entscheidung des Landes nicht nachvollziehbar sei. Nun müsse ermittelt werden an welchen Kriterien es gelegen habe und warum Südwestfalen einen Vorrang bekommen habe. Es müssten in einer zweiten Runde nochmals die Projekte zum Strukturwandel diskutiert und alle Fakten auf den Tisch gelegt werden. Dabei solle auch auf die industrielle Folgenutzung eingegangen werden. Gutachten und Bewertungen der Gebiete würden außerdem zeigen, dass der Rhein-Kreis Neuss im innovativen Bereich gegenüber anderen Regionen zurück liege. Dieses Problem müsse in Zukunft angegangen werden.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel betonte, dass die Landesregierung in ein falsches Licht gerückt werde. Es sei ein Wettbewerb gewesen, bei dem es nicht um die Politik gegangen sei. Politisch gesehen wäre die IRR sonst gut weggekommen. Es müsse geguckt werden, wie es besser gemacht werden kann, und keine Schuldzuweisungen verteilt werden.

1. stellvertretender Landrat Hans-Ulrich Klose hob hervor, dass keiner derzeit genaueres über die Gründe der Ablehnung wisse. Man solle jedoch ermitteln, nach welchen Maßstäben entschieden wurde, um mehr Transparenz zu schaffen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke sagte, dass er hoffe, bei der IRR Sitzung am 24.03.2017 weiteres in Erfahrung bringen zu können. Darüber werde im nächsten

Kreistag berichtet.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink wunderte sich, warum der Kriterienkatalog angeblich von der IRR nicht abgearbeitet worden sei. Der Rhein-Kreis Neuss sei heute einer der erfolgreichsten Wirtschaftsstandorte der Region. Dies habe er aus der eigenen Kraft geschafft. Für eine Weiterentwicklung sei eine Unterstützung im Strukturwandel notwendig. Die IRR bringe derzeit keine erkennbaren Ergebnisse.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel wies darauf hin, dass er als Landtagsabgeordneter kein Bestandteil der Landesregierung sei und dementsprechend auch auf den Wettbewerb keinen Einfluss habe. Die fälschliche Vermengung von verschiedenen Funktionen bringe einen nicht weiter. Der Strukturwandel müsse angegangen werden. Die IRR habe durchaus viele Projekte angedacht. Die Struktur der IRR solle nicht in Frage gestellt werden.

KA/20170322/Ö4

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum Februar/März 2017 zur Kenntnis.

5. Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum: Februar/März 2017 Vorlage: 61/1962/XVI/2017

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke berichtete, dass im Strukturausschuss des Regionalrats am 22.03.2017 über die Städtebauförderung diskutiert wurde. Dabei wurde Schloss Dyck in der Förderkategorisierung von C auf A hochgestuft. Deswegen müsse sich das Ministerium nun mit der Frage, ob Schloss Dyck in die Förderung aufgenommen werden sollte, neu beschäftigen. Weiterhin solle angeblich mittlerweile das Gutachten zum Kiesabbau und Konverter vorliegen. Der Kreis habe jedoch noch kein derartiges Gutachten erhalten. Die Bezirksplanungsbehörde habe darauf hingewiesen, dass es eine Stellungnahme für die Staatskanzlei gebe, über die am 06.04.2017 in der Regionalratssitzung berichtet werde. Den Inhalt des Gutachtens halte die Bezirksplanungsbehörde nicht für richtig.

Kreistagsabgeordneter Johann-Andreas Werhahn fragte, warum Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel aus dem Gutachten zitieren könne, wenn dies dem Kreis noch nicht vorliege.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erklärte, dass es häufig Situationen gegeben hatte, in denen Äußerungen zitiert wurden, die noch nicht bekannt waren.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink erkundigte sich, welchen Stellenwert das genannte Gutachten habe und inwieweit die Entscheidungen durch die Gutachten beeinflusst werden können.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wiederholte, dass ihm noch kein Gutachten vorliege und die Verwaltung daher noch keine Auskünfte darüber geben könne.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel betonte, dass eine Expertise keine Vorfestlegung sondern lediglich einen Hinweis darstelle. Das Land sei in Form der Staatskanzlei die Genehmigungsbehörde für den Regionalplan.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass die Unterlagen für die Anschlussstelle Delrath der Bezirksregierung schon vor Jahren vorlagen. Die Bezirksregierung habe aber damals das Planfeststellungsverfahren nicht begonnen. Zum jetzigen Zeitpunkt seien die Daten daher verständlicherweise nicht mehr aktuell.

Im Dezember 2014 wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben, schilderte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Für das Gutachten ist nunmehr erforderlich, aktuelle Zahlen aus der Verkehrszählung aus dem Jahr 2015 vorzulegen. Diese mussten abgewartet werden. Es sei zu Verzögerungen gekommen.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel widersprach den vorherigen Ausführungen und merkte an, dass das erste Gutachten erst im Sommer 2016 in Auftrag gegeben wurde.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke antwortete daraufhin, dass ein Gutachten bereits vorher in Zusammenarbeit mit dem RWE-Konzern in Auftrag gegeben wurde, dieses aber nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt habe.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink erklärte, dass man sich nun über den aktuellen Stand und die weitere Verfahrensweise Gedanken machen müsse. Es sollte zeitnah entschieden werden, das Projekt müsse ans Rollen gebracht werden. Bürokratische Hürden müssten beseitigt werden.

2. stellvertretender Landrat Horst Fischer betonte, dass sich alle Fraktionen immer einig darüber waren, dass die Anschlussstelle Delrath ausgebaut werden sollte und alles in dieser Richtung unternommen werde.

KA/20170322/Ö5

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum Februar/März 2017 zur Kenntnis.

6. SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften

Vorlage: 50/1976/XVI/2017

Protokoll:

Kreisdirektor Dirk Brügge erläuterte die Zahlen der Haushaltsplanung und Aufgaben der Jahre 2016 und 2017. Man sei finanzwirtschaftlich auf einem guten Weg, da der Haushaltsansatz voraussichtlich unterschritten werde.

Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch erkundigte sich, ob es schon Erfahrungen über die Asylbewerber gebe, die in das SGB II wechseln und ob es genügend Wohnräume für den benannten Personenkreis geben werde.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass zum Thema Wohnungen noch eine

Erhebung gemacht werde. Zuvor würden Gespräche mit den Bürgermeistern der Städten und Gemeinden des Rhein-Kreises Neuss stattfinden. Bis zum Kreistag werde eine aktuelle Abfrage hinsichtlich des vorhandenen Wohnungsraumes vorliegen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erläuterte weiterhin, dass es im Jahr 2016 einen Zuschlag auf die Erstattung des Bundes in Höhe von 2,2 % für Flüchtlingsbedingte Mehraufwendungen gab. Diese Erstattung wurde pauschal gewährt. Ab dem 01.01.2017 habe der Bund erklärt, dass ein Abschlag in Höhe von 2,2 % gezahlt werde, es aber am Ende des Jahres eine Spitzabrechnung geben werde. Da keine Flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen einkalkuliert würden, komme man auch keine zusätzlichen Erstattungen einkalkulieren, Unabhängig davon werde man bis zum Kreistag die Kosten neu kalkulieren und hoffe wie genannt weniger Ausgaben erwarten zu können.

KA/20170322/Ö6

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die SGB II- Entwicklungen der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften zur Kenntnis.

7. Bericht zur Flüchtlingssituation (Stand März 2017)

Vorlage: II/1975/XVI/2017

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erläuterte, dass die vorhandenen Statistiken keine tagesaktuellen Zahlen aufweisen, da sich die Zahlen auf Basiszahlen aus Oktober 2016 beziehen.

Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch schilderte einen Fall nahe des Kreisgebietes, bei dem Mietverträge gefälscht worden seien und forderte den Rhein-Kreis Neuss zeitgleich auf, wachsam zu sein.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke bestätigte dies und merkte an, dass der Rhein-Kreis Neuss darauf achte, dass Gesetze eingehalten werden.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erkundigte sich, ob es Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen der sogenannten FIM Stellen für Menschen mit Behinderung gebe.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass dieser Personenkreis nicht ausgenommen wurde, man aber nachfrage, inwieweit diese bei den FIM Stellen berücksichtigt würden. **Die verschiedenen Projekte der FIM Stellen werden dem Protokoll beigelegt.**

KA/20170322/Ö7

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Flüchtlingssituation (Stand März 2017) zur Kenntnis.

8. Wirtschafts-und Beschäftigungsförderung (Stand März) Vorlage: ZS5/1959/XVI/2017

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Rolf Kluthausen zeigte sich darüber erfreut, dass die Wirtschaftsstatistik im Rhein-Kreis Neuss an oberster Stelle stünde. Man sei hier auf einem guten Weg und müsste weiter daran arbeiten.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel betonte, dass genügend bezahlbarer Wohnraum im Kreisgebiet vorhanden sein müsste, um den Standort weiterhin attraktiv zu halten.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies auf den Breitbandförderbescheid hin. Der Rhein-Kreis Neuss freue sich über die Förderung von Bund und Land. Es sei allerdings ärgerlich, dass mit öffentlichen Mitteln nicht die neuste Technologie, wie Glasfaser, verbaut werde.

Die Kommunen, die sich derzeit im Haushaltssicherungskonzept und im Stärkungspakt befinden, müssen den vorgesehenen Eigenanteil in Höhe von 10 % nicht zahlen. Der restliche Eigenanteil werde von den Kommunen in eigener Verantwortung getragen. Der Rhein-Kreis Neuss sei im Gesamtkonzept jedoch mit dabei. Die Eigenanteile würden durch die Kommunen getragen, damit die Förderung von Bund und Land überhaupt gewährleistet werden könne.

KA/20170322/Ö8

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand März 2017) zur Kenntnis.

9. Dienstreisegenehmigung für die Mitglieder des Partnerschaftskomitees Europäische Nachbarn für die Reise vom 23.06. - 26.06.2017 Vorlage: ZS5/1974/XVI/2017

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Franz-Josef Radmacher merkte an, dass in der Sitzung des Partnerschaftskomitees am 16.03.2017 besprochen wurde, dass insgesamt 13 Mitglieder des Komitees, 4 Verwaltungsmitarbeiter und 20 Personen des Heimatvereins aus Dormagen Zons zu der Reise nach Polen mitfahren werden. In Mikołow werde das Projekt des zoologischen Gartens gefördert. Dafür gewähre der Rhein-Kreis Neuss einen Zuschuss in Höhe von 1.500 EUR.

KA/20170322/Ö9

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt der Durchführung der Dienstreise des Partnerschaftskomitees Europäische Nachbarn in den Partnerkreis Mikołow zu und erteilt hierzu die Dienstreisegenehmigungen für die Mitglieder, die stellvertretenden Mitglieder und die sachkundigen Bürger des Partnerschaftskomitees für eine Teilnehmerzahl von maximal 13 Personen seitens des Komitees für die Zeit vom 23.06. – 26.06.2017.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

10. Anträge**10.1. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.03.2017 zum Thema "Umsetzung des am 01.01.2017 in Kraft getretenen Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung"
Vorlage: 010/1972/XVI/2017****Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass er mit der Leitungsebene des Innenministeriums Kontakt aufgenommen habe und von dort die Auskunft bekam, dass das Ministerium keinen Vertreter schicken werde, da nicht das Innenministerium, sondern allenfalls die Bezirksregierung für eine Bewertung zuständig sei. Das Innenministerium werde die Regelung des Rhein-Kreises Neuss nicht beanstanden.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel betonte, dass das Gesetz zwingend, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, umgesetzt werden sollte. In der Stadt Neuss wurden keine weiteren Ausschüsse von der Regelung ausgenommen. Dazu gab es eine Mehrheit im Stadtrat. Zudem habe der Bürgermeister behauptet, dass der Rhein-Kreis Neuss Rückstellungen für solche Zahlungen gebildet haben soll.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke stellte klar, dass der Rhein-Kreis Neuss keine Rückstellungen gebildet habe, sondern bei der Bürgermeister-Konferenz am 08.02.2017 besprochen wurde, dass der Kreishaushalt einen entsprechenden Betrag ausweisen müsse, falls kein Ausschuss ausgenommen werde.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer merkte an, dass die Auskunft vom Ministerium befremdlich sei. Man solle sich an Recht und Gesetz halten. Der Erlass des Ministeriums besage, dass die Möglichkeit bestünde, einzelne Ausschüsse von der Regelung auszunehmen, jedoch regele der Erlass eindeutig, dass nicht alle Ausschüsse ausgenommen werden können. Die Vorlage für den kommenden Kreistag sei daher rechtswidrig und das Verhalten von Landrat Petrauschke rechtsbeugend.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke betonte, dass nie davon die Rede gewesen sei, dass die Stadt Neuss rechtswidrig gehandelt habe. Der Gesetzeswortlaut laute, dass neben dem Wahlprüferausschusses weitere Ausschüsse von der Regelung ausgenommen werden dürfen. Damit sei in der Verordnung nicht geregelt, dass nicht auch alle Ausschüsse ausgenommen werden können. Ein Erlass ersetze hierbei nicht das Gesetz. Der Gesetzgeber habe möglicherweise eine andere Intention gehabt, allerdings handle der Rhein-Kreis Neuss nicht rechtswidrig, da man sich an dem Gesetzeswortlaut orientiere.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink erklärte, dass es hauptsächlich bei dieser Regelung um die Stärkung des Ehrenamtes gehen sollte. Der Rhein-Kreis Neuss schöpfe lediglich den gesetzlichen Spielraum dieses Gesetzes aus. Es könne zudem nicht gefordert werden, den Kreishaushalt so knapp wie nur möglich zu berechnen und anschließend Gelder für die Stärkung des Ehrenamts zu fordern. Das Land müsste ansonsten im Rahmen der Konnexität entsprechende Gelder bereitstellen, wenn die Ausgabenerhöhung in dem Ausmaß gewünscht werde.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann kritisierte die Ausdrucksweise von Kreistagsabgeordneten Erhard Demmer. Die Vorlage für den Kreistag sowie die Vorgehensweise des Landrats sei in keinsten Weise als rechtsbeugend zu bezeichnen. Die Entschädigungsverordnung räume einen gewissen Gestaltungsspielraum ein. Die Stadt Neuss verhalte sich rechtskonform, jedoch sei die Entscheidung, die der Stadtrat traf nicht zwingend. Die Entscheidung des Rhein-Kreises Neuss nutze das Ermessen, eine zusätzliche monatliche Zahlung an Ausschussvorsitzende gelte im Verhältnis zu einer Sitzungsspezifischen Zahlungen als nicht verhältnismäßig.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel meinte, dass die Rechtsauslegung des Rhein-Kreises Neuss sich sehr eigenwillig darstelle. Der Kreis bewege sich bei der Rechtsauslegung am Rande des Möglichen. Die SPD-Kreistagsfraktion fordere eine vernünftige und angemessene Regelung der zusätzlichen Entschädigungen für Ausschussvorsitzende.

Kreistagsabgeordneter Rolf Kluthausen schilderte, dass bis auf die Stadt Neuss alle anderen Städte und Gemeinden von der Regelung, alle Ausschüsse auszunehmen, Gebrauch gemacht hätten.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer kritisierte, dass ein Landesgesetz nicht durch einen Beschluss des Kreistags ausgehebelt werden könne. Er zeigte sich daher erstaunt über die Debatte. Die Regeln des demokratischen Rechtsstaats sollten eingehalten werden. Es liege das Schreiben des Innenministers mit der Intention vor, nur einzelne Ausschüsse von der Regelung auszunehmen.

Kreistagsabgeordneter Dieter Jüngerkes meldete sich zur Geschäftsordnung und beantragte die Debatte zu beenden, da sie im Kreistag am 28.03.2017 ebenfalls geführt werde.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke rief zur Abstimmung über den Antrag auf.

KA/20170322/Ö10.1

Beschluss:

Ende der Debatte.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich dafür

11. Vorbesprechung der Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 28.03.2017 - öffentlicher Teil -

Protokoll:

1. stellvertretender Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose merkte zum Tagesordnungspunkt 10 „Zusammenführung der Eigenbetriebe des Rhein-Kreises Neuss“ an, dass es darum gehe, Synergie Effekte zu nutzen, um die Wirtschaftlichkeit der Eigenbetriebe zu stärken. Es gebe Verbesserungsnotwendigkeiten. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei jedoch noch nicht entschieden, dass die Zusammenführung zwingend zu einer GmbH führe. Die Neustrukturierung habe nichts mit der bisherigen Führung zu tun - beide Häuser haben einen guten Ruf. Im Augenblick sei die Zusammenführung aber eine

sinnvolle Entscheidung.

KA/20170322/Ö11

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Tagesordnungspunkte 3, 5.1, 8 und 9 entsprechend dem vorliegenden Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

12. Mitteilungen

Protokoll:

Es lagen keine Mitteilungen vor.

13. Anfragen

13.1. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 15.03.2017 zum Thema "Geflüchtete im Rhein-Kreis Neuss"

Protokoll:

Die Anfrage wurde als Tischvorlage beantwortet und ist dem Protokoll beigelegt.

13.2. Anfrage der UWG-Kreistagsfraktion zum Thema "Errichtung einer Ampelanlage an der K26/B699"

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erkundigte sich nach dem Sachstand des Ampelbaus an der K26/B59. Dort sei es vorgesehen, eine neue Ampelanlage im Rahmen des Neubaus zu errichten. Die Ampel sei jedoch bis heute nicht aufgestellt worden.

Landrat Hans-Jürgen Petruschke bestätigte, dass der Landesbetrieb Straßen NRW vorgesehen hatte, eine Ampel im Zuge des Neubaus zu errichten. Es werden daher weitere Gespräche mit der Unfallkommission stattfinden.

13.3. Anfrage der Kreistagsfraktion DIE LINKE zum Thema "Schließung eines Bahnübergangs"

Protokoll:

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler merkte an, dass die deutsche Bundesbahn den Bahnübergang Bösinghoven schließen wolle und erkundigte sich, welche Auswirkungen die Schließung auf den alltäglichen Verkehr und für die Fußgänger, Radfahrer etc. ha-

ben werde.

Kreistagsabgeordneter Dieter Jüngerkes betonte, dass es eine einstimmige Stellungnahme gegen die Schließung des Übergangs in Meerbusch gab und dass weitere Gespräche der Stadt Meerbusch mit der Deutschen Bahn stattfinden würden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 16:50 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat



Annika Geppert
Schriftführung